



*Position***Liberal** 129

Die Armutsdebatte in Deutschland Mythen, Fakten und internationale Vergleiche

Liberales Institut

Peter Altmiks

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERANTWORTLICH ZU KONNEN.
ER
WIRTSCHAFTLICH UND
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen wollen:

Commerzbank Berlin

IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04

BIC: COBADEFFXXX

Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Impressum:

Herausgeber

Liberales Institut der

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Reinhardtstraße 12

10117 Berlin

Tel.: 030.28 87 78-35

Fax: 030.28 87 78-39

liberales.institut@freiheit.org

www.freiheit.org

Produktion

COMDOK GmbH

Büro Berlin

1. Auflage 2015

DIE ARMUTSDEBATTE IN DEUTSCHLAND

Mythen, Fakten und
internationale Vergleiche

Peter Altmiks

Inhalt

1. Armut in den Medien	6
2. Wie misst man Armut?	7
2.1 Indikatoren der absoluten Armut	8
2.2 Indikatoren der relativen Armut	9
2.3 Indikatoren der Kinderarmut	12
3. Empirische Armut in Deutschland	12
3.1 Absolute Armut in Deutschland	13
3.2 Relative Armut bzw. Einkommensungleichheit in Deutschland	14
3.3 Kinderarmut in Deutschland	15
4. Empirische Armut weltweit	17
4.1 Absolute Armut	17
4.2 Relative Armut bzw. Einkommensungleichheit	20
5. Effekte der Einkommensungleichheit	23
6. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung	25
6.1 Erhöhung der Beschäftigung	25
6.2 Erhöhung der Realeinkommen	27
6.3 Wettbewerbliches Bildungswesen	28
6.4 Was ist nun Armut?	28
Literatur	30
Über den Autor	34

Über Armut wird viel geschrieben und ihr kommt in der öffentlichen Diskussion und in den Medien eine hohe Bedeutung zu. Als Beispiel kann hier die Diskussion um die Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung im Jahr 2013 dienen. So textete eine Boulevardzeitung „FDP setzt sich mit Beschönigungen“¹ durch. Eine Zensur hat es aber nie gegeben. Alle schon im September 2012 enthaltenen empirischen Daten des Entwurfs sind auch im finalen Bericht enthalten. Lediglich die persönlichen Ansichten der damaligen Bundesarbeits- und Sozialministerin, die fast von der gesamten Bundesregierung abgelehnt wurden und eine höhere Besteuerung sowie Umverteilung begründen sollten, wurden wieder gestrichen.

Es ist offensichtlich, warum Wohlfahrtsorganisationen und Sozialverbände ein so großes Interesse an einer angeblich steigenden Armut haben: Die größten privaten Einzelarbeitgeber in Deutschland sind nicht große privatwirtschaftliche Konzerne. Es sind die beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie, die dabei ein marktbeherrschendes Oligopol bilden. Die Caritas hat 559.526 Mitarbeiter, die Diakonie 453.000.² Die Marktzutrittsbarrieren für freie Anbieter sind hoch. Z.B. sind im Bereich der Jugendhilfe ein Drittel der Sitze der kommunalen Jugendhilfeausschüsse von den Wohlfahrtsverbänden besetzt. Damit haben die Wohlfahrtsverbände einen direkten Einfluss auf die Mittelvergabe. Die Entscheidung des jeweiligen Jugendamtes, welche Anbieter beauftragt werden, wird von den Wohlfahrtsverbänden über den 78er Ausschuss³ beeinflusst. Die Wohlfahrtsverbände stimmen ihre Preisvorstellungen vor Verhandlungsbeginn ab, die Jugendämter folgen in der Mehrzahl der Fälle diesen Vorstellungen. „Es ist zu vermuten, dass die Ergebnisse eher im Sinne der Wohlfahrt als des Steuerzahlers ausfallen.“⁴ Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Wohlfahrtsverbände ein großes Interesse am Nachweis sozialer Ungleichheit und von sozialen Problemen allgemein haben. Anschließend bieten die Wohlfahrtsorganisationen dann „maßgeschneiderte“ Dienstleistungen zur Lösung dieser Probleme an.

Dabei waren 2010 einige Sozialträger Gegenstand umfangreicher Kritik. So wurden gemeinnützige und nicht gemeinnützige Träger im Sozialbereich für zu

1 Süddeutsche Zeitung vom 06.03.2013.

2 Fischer (2013).

3 Auf der Basis des § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bilden die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Arbeitsgemeinschaften, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In diesen Arbeitsgemeinschaften werden die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt und gegenseitig ergänzt.

4 Zitat von Daniel Zimmer, dem Vorsitzenden der Monopolkommission, in: Fischer (2012).

hohe Geschäftsführergehälter und Beratungshonorare, luxuriöse Dienstwagen und Zweitwohnsitze sowie Ämterhäufung kritisiert.⁵ Es wird zudem Kritik an einer vermuteten zu hohen Alimentierung durch den Sozialstaat geäußert, so z.B. Rita Knobel-Ulrich, die für ihr Buch den provokanten Titel „Reich werden durch Hartz IV“⁶ gewählt hat. Darin kritisiert sie Versuche von Beziehern des Arbeitslosengeldes II (ALG II), mehr Mittel zu erhalten, als ihnen „eigentlich“ zustünde. Zudem profitieren Fortbildungsinstitute, Rechtsanwälte und private Arbeitsvermittler umfangreich von den Regelungen der Sozialgesetzbücher im Zuge der erfolgten Einführung von Hartz IV. Um das deutsche Sozialsystem sei eine ganze Industrie entstanden. Das „Geschäft mit der Armut“ sei zu einem boomenden Wirtschaftszweig geworden. Umfangreich würde von den Steuergeldern profitiert. Knobel-Ulrich kritisiert, dass bei den wirklich Bedürftigen immer weniger ankomme.

In Deutschland existieren viele Organisationen, die sich explizit mit der Bekämpfung von Armut beschäftigen. Alle großen Religionen (Christentum, Islam, Buddhismus und Hinduismus) rufen ihre Gläubigen zur Bekämpfung der Armut auf. Auch die Europäische Kommission betont die Wichtigkeit der Armutsbekämpfung und erklärte das Jahr 2010 zum europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. 2011 beschloss die Europäische Kommission in ihrer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, auch die Armut zu bekämpfen. Eines der fünf Kernziele für 2020 ist die Reduzierung der Anzahl der „von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen“ um mindestens 20 Mio. im Vergleich zu 2008.⁷ Sollte die EU dabei einen relativen Einkommensindikator benutzen, muss sie sich auf den berühmten Wettlauf zwischen Hase und Igel einstellen.⁸

1. Armut in den Medien

Armut ist nicht nur ein Problem der Gesellschaft, sondern für viele Institutionen ein einträgliches Geschäft. Armut muss erfasst, verwaltet und betreut werden. Viele profitieren von der Armutsdiskussion und zeichnen ein überspitztes Bild. Bundesweit werden 186 Mrd. Euro pro Jahr für soziale Dienstleistungen

5 Siehe Berliner Tagesspiegel vom 30.03.2010.

6 Knobel-Ulrich (2013).

7 Schröder, Christoph (2013).

8 Die methodischen Unzulänglichkeiten sind ausführlich unter Kapitel 2.2 beschrieben.

ausgegeben.⁹ Das Land Berlin zahlt z.B. für Beratung und Hilfe von Obdachlosen 28 Mio. Euro jährlich. Wenn große Geldsummen im Spiel sind, liegt die Versuchung zum Betrug nahe. Beispielhaft war der Skandal um die Berliner Treberhilfe, die sich um die Versorgung, Unterstützung und Beratung Obdachloser, früh krimineller Jugendlicher sowie auch um in Not geratene Familien kümmert. Über Skandale berichten Medien am liebsten.

Die Mehrheit der Medien übernimmt fragwürdige Quellen meistens ungeprüft. Zudem verkaufen sich negative Schlagzeilen besser. Und nicht zuletzt haben auch Neidgefühle einen bedeutenden Platz in Deutschland und werden gern bedient. Ein Beispiel dafür ist die 2013 erschienene Publikation „Die neue Umverteilung – soziale Ungleichheit in Deutschland“¹⁰, die von den Medien willfährig aufgegriffen wurde. Der Autor versucht eine steigende Ungleichheit zu belegen, indem er Zahlen aus unterschiedlichen Quellen zusammenstellt, die aber auf sehr verschiedenen Grundlagen basieren. Der Autor unterschlägt leider die sozialstrukturellen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten ereignet haben und das Ergebnis sehr beeinflussen. So sind z.B. die Anzahl der Ein-Personen-Haushalte, der Alleinerziehenden und der Älteren gestiegen. Zudem hat auch die Einwanderung einen Effekt auf das gemessene Ergebnis.¹¹

2. Wie misst man Armut?

Mittlerweile existieren eine Fülle von Berichten und Studien, die versuchen, Armut zu definieren und sie einer empirischen Messung zugänglich zu machen. Viele Studien schaffen es dabei nicht, Armut zu beschreiben oder zu definieren. Vielmehr werden eher die Folgen der Armut behandelt. Oft werden sogar noch nicht einmal die Folgen der Armut behandelt, sondern die Folgen von ungenau gemessener Einkommensungleichheit. Zudem wurde früh erkannt, dass in hoch entwickelten Industriestaaten nur wenige Anhaltspunkte für absolute Armut vorliegen. Eine nur auf die Behebung absoluter Armut gerichtete Politik wäre folglich von vornherein begrenzt.

Die Anfänge der Armutsmessung beginnen im späten 19. Jahrhundert.¹² Charles Booth in London und Seebohm Rowntree in York begannen mit den ersten

9 Siehe Berliner Tagesspiegel vom 25.03.2010.

10 Wehler (2013).

11 Schröder, Klaus (2013).

12 Der Text dieses Abschnitts entstammt Niemiets (2012), S. 116 f.

Feldstudien.¹³ Der Begriff „Armutsgrenze“ stammt von Charles Booth, der erstmals von einer in Geldeinheiten ausgedrückten „Line of Poverty“ sprach, die später zur „Poverty Line“ wurde. Bis dahin wurde der Armutstatus (*Pauper*) über die Abhängigkeit von Wohlfahrtseinrichtungen definiert. Das Bedürfnis, Armut überhaupt zu definieren und zu messen, ist durch den allgemeinen Wohlstandszuwachs im 19. Jahrhundert begründet. In früheren Jahrhunderten hätte der Begriff wenig Sinn ergeben, da Armut bis ins frühe Industriezeitalter hinein schlicht der Normalzustand für die große Mehrheit der Bevölkerung war. Historische Schätzungen von Maddison zeigen, dass der durchschnittliche Lebensstandard im Westeuropa des frühen 19. Jahrhunderts gerade einmal doppelt so hoch war wie zu Beginn der Zeitrechnung.¹⁴ Das Phänomen, dass die Lebensstandards überhaupt im Laufe der Zeit steigen, gibt es erst seit etwa 200 Jahren, und zwar zunächst ausschließlich in Westeuropa und seinen Übersee-„Ablegern“. Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdoppelte sich das reale Pro-Kopf-Einkommen in Großbritannien, welches als Wiege der industriellen Revolution dem Kontinent weit vorauseilte. Inmitten dieses – aus heutiger Sicht natürlich immer noch sehr kärglichen – Wohlstandes gab es allerdings weiterhin bittere Armut, besonders sichtbar in den Slums, die sich an den Rändern der Industriestädte gebildet hatten. Armut war für alle politischen Denkrichtungen längst zu einem Thema geworden, obwohl praktisch nichts Systematisches über sie bekannt war. Wie weit verbreitet war Armut? Nahm sie tendenziell eher ab oder eher zu? Wer waren die Armen, und was hielt sie in Armut? Gab es Mobilität, oder war Armut ein Dauerzustand? Da es keine empirischen Antworten auf diese Fragen gab, traten anekdotische Evidenz, literarische Schilderungen und Behauptungen an ihre Stelle. Karl Marx etwa deklarierte einfach zum „Fakt“, was damals schlicht nicht bekannt sein konnte: „Wir gehen von einem nationalökonomischen, *gegenwärtigen* Faktum aus. Der Arbeiter wird um so ärmer, je mehr Reichtum er produziert [...]“.¹⁵

2.1 Indikatoren der absoluten Armut

Um absolute Armut zu messen, erstellte Rowntree einen Warenkorb, der zur Abdeckung der elementarsten Grundbedürfnisse ausreichen sollte.¹⁶ Rowntree glaubte, dass ein „Grundbedürfnis“ objektiv zu bestimmen sei. Die Lebensmittelkomponente des Rowntree'schen Warenkorbes etwa richtete sich nach den Empfehlungen von Ernährungswissenschaftlern. Der resultierende Warenkorb knüpfte an die schlechten Lebensbedingungen der damaligen Armenviertel

13 Für einen ausführlicheren Überblick, siehe Niemietz (2011), S. 56–71.

14 Maddison (2008).

15 Marx (1944).

16 Der Text dieses Abschnitts entstammt Niemietz (2012), S. 118 f.

an. Komfort oder Freizeitbeschäftigungen waren nicht vorgesehen. Die Preise aller in diesem Warenkorb enthaltenen Güter wurden gesammelt und addiert. Die Gesamtkosten des Warenkorbes ergaben die Armutsgrenze. Arm war derjenige, der sich den Rowntree-Warenkorb nicht hätte leisten können. Dieser sogenannte „Budget Standard Approach“ (BSA) wurde bald zur Standardmethode der Armutsmessung. Insbesondere in der Zwischenkriegszeit wurden zahlreiche regionale Armutsstudien auf dieser Basis durchgeführt. Diese Studien zeigen, dass Armut im Sinne von existenzieller Not im frühen 20. Jahrhundert noch weit verbreitet war. Sie zeigen aber auch eine fallende Tendenz in Friedenszeiten, obwohl die BSA-Körbe im Laufe der Zeit etwas großzügiger wurden. 1950 wurde die letzte Studie dieser Art durchgeführt, die ergab, dass es nach diesem strengen Maßstab kaum noch Armut gab. Die existenzielle Not war weitgehend überwunden, welches öffentlich aufmerksam registriert wurde. In der Folge nahm das Interesse an der Armutforschung deutlich ab, denn das Thema galt als obsolet. Wie Typhus oder Tuberkulose, so wurde auch Armut nunmehr als ein Problem vergangener Zeiten bzw. als ein Problem von Entwicklungsländern gesehen. Peter Townsend, der später zum führenden Armutsforscher des Landes wurde, schrieb hierzu: „Die Einschätzung, die Armut sei in Großbritannien weitgehend überwunden, ist allgemein akzeptiert.“¹⁷

In Deutschland kann man absolute Armut mittels der Indikatoren Wohnungslosigkeit, materielle Deprivation und Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenversicherung darstellen. Ein weltweit eingesetztes Maß, welches in der Regel in Entwicklungsländern eingesetzt wird, ist das Tageseinkommen von einem US-Dollar/Person der Weltbank.

2.2 Indikatoren der relativen Armut

Ihren Ursprung haben die Indikatoren der relativen Armut in der Forderung von Peter Townsend und Brian Abel-Smith in den 1960er Jahren in Großbritannien. Townsend und Abel-Smith forderten, Armut neu zu bewerten. Der Begriff müsse umfassender verstanden werden, weniger als physische Entbehrung, sondern mehr als unzureichende gesellschaftliche Teilhabe. „Arm sei nicht nur der, der an Hunger und Kälte leide, sondern auch derjenige, der mit den Konsumgewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft nicht mithalten könne.“¹⁸

Am meisten wird die sogenannte „Armutsrisikoquote“ verwendet, um relative Armut – genauer Einkommensungleichheit – zu messen. Gemessen wird dabei

17 Townsend (1962).

18 Niemietz (2012), S. 119.

der Anteil der Personen, die über ein geringeres Einkommen verfügen als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Dieses Verfahren operationalisiert für den Einkommensbereich die sogenannte relative Armutsdefinition des Rates der EU aus dem Jahre 1974, wonach Personen, Familien und Gruppen als arm gelten, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ Wenn Einkommensungleichheit damit auch der empirischen Messung zugänglich wird, darf daraus jedoch nicht zwangsläufig auf Eindeutigkeit oder gar objektive Herleitung geschlossen werden.

Woher kommt eigentlich die 60-Prozent-Schwelle? Dem EU-Konsens zur Armutsmessung folgend wurde in der Vergangenheit die Armutsschwelle zumeist bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens angesetzt. Wer darunter lag, wurde als arm gezählt. Eine 60-Prozent-Schwelle sollte dagegen einen armutsnahen Bereich markieren und eine 40-Prozent-Schwelle wiederum eine sogenannte „strenge Armut“ bezeichnen.¹⁹ So rechnete auch noch der erste Armutsbericht der Bundesregierung mit der 50- und 60-Prozentschwelle als Schwellen „relativer Einkommensarmut“.²⁰ Der armutsnahe Bereich soll eine „Armutgefährdung“ darstellen. In den Medien wird dies meist souverän ignoriert. Der zweite Teil des Wortes, nämlich „-gefährdung“, wird einfach weggelassen.

Das Konzept relativer Einkommensarmut verrät leider nicht, was Armut ist und wie viele Arme es denn nun in Deutschland gibt. Was gemessen wird, ist nun einmal „lediglich“ das Maß von Einkommensungleichheit. Ganz abgesehen davon, dass die Lebenslage eines Menschen nicht allein durch das Einkommen determiniert wird und sich somit Armut definitorisch nicht auf das momentane Einkommen reduzieren lässt. Zudem muss nur die Anzahl der Bezieher mittlerer und höherer Einkommen steigen²¹, das Durchschnittseinkommen steigt und es werden automatisch mehr Menschen „relativ“ einkommensarm – unabhängig davon, dass sie das gleiche Einkommen wie vorher bei womöglich konstanten Lebenshaltungskosten haben. Somit ist auch ersichtlich, dass die „Armutgefährdungsquote“ in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs oftmals steigt,

19 Vgl. Hanesch/Krause/Bäcker/Maschke/Otto (2000), S. 50 ff.

20 BMAS (2001), S. 38 ff.

21 Man kann sich einige Ereignisse vorstellen, die zu einem höheren Anteil der „Armutgefährdeten“ in einem Land führen: Viele Angehörige der beiden oberen Einkommensquartile verdienen in Folge eines Wirtschaftsaufschwungs mehr. Eine weitere effektive Methode wären erfolgreiche Gründungen oder Verlagerungen von Unternehmen mit hohen Gehältern. Viele gut bezahlte Mitarbeiter kämen in ein Land, ohne dass sich das Einkommen der großen Mehrheit der Bevölkerung wesentlich ändern würde.

während sie meistens im Abschwung sinkt. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der Preis- und Qualitätsstruktur der Produkte sowie der Ausstattungsgrad der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern nicht betrachtet werden.

Auch berücksichtigt die Berichterstattung nicht die Zuwanderung aus dem Ausland. Wenn jedes Jahr zusätzlich Personen ins Land kommen, die wahrscheinlich nicht gerade zu den Reichen gehören, dann steigt die Anzahl der Personen, die unter 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen – auch wenn der Durchschnitt einwanderungsbedingt an sich steigt. Eigentlich müsste man über den Zeitablauf die gleichen Leute betrachten und schauen, ob diese ärmer oder reicher werden. Sonst werden Äpfel mit Birnen verglichen. Die Frage ist sowieso, inwiefern Erwerbsbiographien von armen Studierenden bis zu reichen Vorstandsvorsitzenden in die Armutsberechnung eingehen. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht wurde daraufhin gewiesen, dass „Armut ... ein gesellschaftliches Phänomen mit vielen Gesichtern [ist]. Es entzieht sich deshalb einer eindeutigen Messung.“²² Auch im vierten Bericht wird darauf hingewiesen: „Insgesamt ist die Armutsrisikoquote zwar ein oft genutzter statistischer Indikator, allerdings auch in Bezug auf Armut nur begrenzt aussagekräftiger, weil er lediglich Hinweise auf mögliche Risiken und betroffene Gruppen geben kann.“²³ Die beauftragten Wissenschaftler haben auf methodische Unzulänglichkeiten hingewiesen, die berichtenden Medien haben dies unterschlagen.

Vor allem kann ein Staat nicht aus einer relativen Armut bzw. Einkommensungleichheit herauswachsen, da die Armutsgrenze dem Medianeinkommen immer folgt. Die britische Armutsgrenze von 2012 entspricht ziemlich genau dem Durchschnittseinkommen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Eine wachstumsorientierte Armutsbekämpfungsstrategie kann nicht funktionieren, „...denn sie käme dem Märchenmotiv des Wettlaufs zwischen Hase und Igel gleich.“²⁴ Nur mit verteilungspolitischen Maßnahmen kann ein Staat die mit der „Armutsgefährdungsquote“ gemessene Einkommensungleichheit reduzieren. Am ehesten sind die skandinavischen und auch einige osteuropäische Staaten diesen Weg gegangen, während die angelsächsischen Staaten eher umverteilungskritisch sind. Länder mit Armutsgefährdungsquoten im einstelligen Bereich gibt es nicht. Das relative Armutsmaß entspricht also dem Bibelzitat „Die Armen werdet ihr immer bei euch haben.“ (Matthäus 26).²⁵

22 BMAS (2001), S. 12.

23 BMAS (2013), S. 330.

24 Niemiets (2012), S. 121.

25 Niemiets (2012), S. 122.

2.3 Indikatoren der Kinderarmut

Die Armut von Kindern wird meistens als Indikator der Einkommensungleichheit erfasst. Zudem weist auch die Abhängigkeit der Eltern von Hartz-IV-Transfers auf Kinderarmut hin. In der Regel misst man hier den Anteil der Kinder unter 15 Jahren, der in einem Haushalt aufwächst, der zur Sicherung der Existenzgrundlage von Transferleistungen abhängig ist. Z.B. sei dieser Anteil 2010 in der „Transferbeziehermetropole“ Berlin mit 37,4 Prozent sehr hoch gewesen.²⁶ Zusätzlich kann noch die materielle Entbehrung herangezogen werden.

Ob bei der Einkommensungleichheit nun 50 oder 60 Prozent des mittleren Einkommens zugrunde gelegt werden, hat einen großen Einfluss auf das Ergebnis. Im Jahr 2008 lagen nur 8,3 Prozent aller Kinder in Deutschland unter der 50-Prozent-Schwelle, bei der 60-Prozent-Schwelle sind es bei gleicher Datenbasis des Sozio-ökonomischen Panels schon 14,9 Prozent.²⁷ Zudem läuft auch die „Kinderarmut der Einkommensentwicklung immer hinterher (siehe oben). Eine Aussage wie „Trotz hohem Wirtschaftswachstum und Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen sei die Kinderarmut nicht verschwunden“²⁸ ist demnach nicht nur trivial, sondern auch irreführend.

3. Empirische Armut in Deutschland

Die verlässlichste Datengrundlage, die dazu auch noch im Längsschnitt zur Verfügung steht, ist der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. 2013 ist der vierte Bericht erschienen und setzt die 2001 begonnene Datenerhebung fort. Der aktuelle Bericht umfasst die Berichtsjahre 2007 bis 2011, wobei im Einzelfall auch Daten aus 2012 ausgewertet wurden. Erstmals orientiert sich der Bericht an den Lebensphasen, um die soziale Mobilität im Lebensverlauf zu analysieren. Diese Neuerung bedeutet, dass erstmalig subjektive Sichtweisen der Bevölkerung sowie einzelner Personengruppen Eingang in den Bericht finden und nicht nur objektive Befunde. Um den Bericht auch weiterhin aussagekräftig zu nutzen, empfiehlt sich eine Konzentration auf die objektiven Befunde.

26 Kühnelt (2013).

27 Berth (2011).

28 Fertig (2005).

3.1 Absolute Armut in Deutschland

Bei der absoluten Armut sind auch positive Entwicklungen zu verzeichnen, über die meistens nicht berichtet wird. So hat sich z.B. die Wohnsituation leicht verbessert. Laut Berechnungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat sich der Gebäudezustand verbessert. 2006 wurden noch 5,2 Prozent der befragten Hauptmieterhaushalte als „renovierungsbedürftig/abbruchreif“ beurteilt, 2010 waren es schon 4,2 Prozent.²⁹ Auch die Wohnungslosigkeit hat abgenommen. Zählte man 2006 noch 256.000 Wohnungslose, waren es 2010 schon 248.000 mit einem Tiefstand von 227.000 im Jahr 2008. Allerdings stieg die Zahl der Wohnungslosen ohne jede Unterkunft von 18.000 (2006) auf 22.000 (2010). Demgegenüber fiel die Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen von 110.000 (2006) auf 106.000 (2010).³⁰

Aufschlussreich ist auch die Entwicklung der materiellen Deprivation. Dieser Indikator misst eine Einschränkung der Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel in den Bereichen:

- Miete, Wasser/Strom sowie Verbindlichkeiten,
- angemessene Beheizung der Wohnung,
- unerwartete Ausgaben tätigen können,
- einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort,
- jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr,
- ein Auto,
- eine Waschmaschine,
- einen Farbfernseher oder
- ein Telefon.

Der Armuts- und Reichtumsbericht spricht von materieller Entbehrung, wenn mindestens drei der o.a. Merkmale eingeschränkt sind, und von erheblicher materieller Entbehrung, wenn mindestens vier eingeschränkt sind. Dieser Indikator misst absolute Armut auf dem hohen Niveau eines westlichen Industrielandes. Der hier zugrunde gelegte Armutsbegriff hat mit einer absoluten Armut, wie

²⁹ BMAS (2013), S. 485.

³⁰ BMAS (2013), S. 486. Die Bundesregierung führt selbst keine Statistik zur Zahl der wohnungslosen Menschen, sondern verlässt sich im Wesentlichen auf die Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG-W). Diese beruhen auf der Beobachtung der Veränderungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, der Zuwanderung, der Sozialhilfebedürftigkeit sowie regionaler Wohnungslosenstatistiken und eigenen Blitzumfragen. Eine gewisse Unschärfe darf dabei vermutet werden.

sie z.B. in Entwicklungsländern definiert würde, nichts zu tun. Es fiel sowohl die materielle Entbehrung von 13,0 (2008) auf 12,4 Prozent (2011) als auch die erhebliche materielle Entbehrung von 5,5 (2008) auf 5,3 Prozent (2011).³¹

3.2 Relative Armut bzw. Einkommensungleichheit in Deutschland

2010 versuchte eine Studie zu belegen, dass die Polarisierung der deutschen Gesellschaft zunehme. Dazu zog sie die Veränderungen der Anteile „reicher, mittlerer und armer“ Haushalte heran. Gemeint damit waren aber weniger oder mehr einkommensstarke Haushalte. Doch trotz der fragwürdigen Methode hat diese Studie eher das Gegenteil bewiesen: Seit 1993 bleiben die Anteile der drei Haushaltsgruppen nahezu konstant. Der Anteil der niedrigen Einkommensgruppe (weniger als 70 Prozent des monatlichen Medianeinkommens) lag 1993 bei 21,1 Prozent und 2009 bei 21,7 Prozent, der Anteil der hohen Einkommensgruppe (mehr als 150 Prozent des monatlichen Medianeinkommens) lag sowohl 1993 als auch 2009 bei 16,8 Prozent.³² Angesichts dieser „Veränderungen“ kann man noch nicht einmal von steigender Einkommensungleichheit sprechen, geschweige denn von einer Zunahme relativer Armut.

Die „Armutgefährdungsquote“ ist in Deutschland von 10,4 (1998) auf 14,9 Prozent (2009) gestiegen. 2010 sank sie auf 13,9 Prozent.³³ Vom Risiko der Einkommensarmut wären demnach in Deutschland über 11 Millionen Menschen betroffen. 2011 ist die „Armutgefährdungsquote“ wieder leicht angestiegen.

Größere Unterschiede ergibt die Messung der Einkommensungleichheit auf regionaler Ebene. Vor allem, wenn die Kaufkraft mit berücksichtigt wird. 2012 betrug die „Armutgefährdungsquote“ 14,1 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland und 19,9 Prozent in Ostdeutschland. In Baden-Württemberg lag dieser Anteil nur bei 11,3 und in Bremen bei 23 Prozent. Berücksichtigt man die Veränderungen der Kaufkraft beim zugrundeliegenden Medianeinkommen, so steigt der Anteil für Baden-Württemberg auf 12,7, während er für Bremen leicht auf 23,4 Prozent steigt.³⁴ Die größten Unterschiede sind bei den Regionen zu beobachten. Die Region mit den Landkreisen Dillingen an der Donau, Donau-Ries, Aichach-Friedberg und Augsburg in Bayern hatte 2012 mit 8,3 Prozent die niedrigste relative Kaufkraftarmutsquote, während der Kreis Köln mit 26,4 Prozent die höchste hatte.³⁵

31 BMAS (2013), S. 490.

32 Göbel/Gornig/Häußermann (2010), S. 4.

33 BMAS (2013), S. 462.

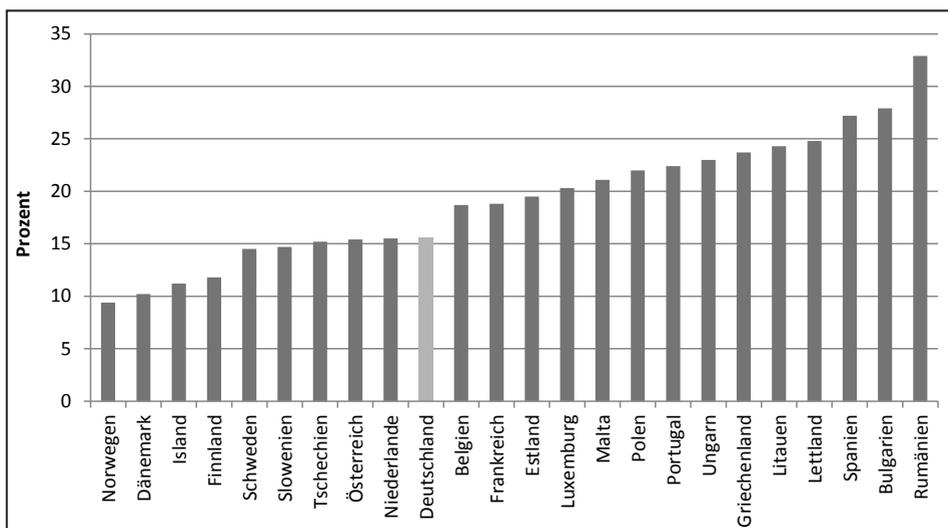
34 Institut der deutschen Wirtschaft (2014), S. 8.

35 Institut der deutschen Wirtschaft (2014), S. 13.

3.3 Kinderarmut in Deutschland

Die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Familie entscheidet über die finanzielle Absicherung von Kindern. Die Lebenslage eines Kindes ist eindeutig mit den Lebensumständen und Einkommenssituation der Eltern verbunden. Die „Armutgefährdungsquote“ orientiert sich ergo am Einkommen des Haushalts, in dem das jeweilige Kind lebt.

Abbildung 1: „Armutgefährdungsquoten“ von Kindern im EU-Vergleich 2010



Quelle: Darstellung des BMAS auf Basis der EU-SILC-Erhebung 2011 mit Einkommensdaten von 2010³⁶

Auf europäischer Ebene liegt Deutschland mit einer „Armutgefährdungsquote“ von Kindern von 15,6 Prozent im unteren Mittelfeld unter dem Durchschnitt der europäischen Staaten. Die „Armutgefährdungsquote“ von Kindern kann auch alternativ mit dem Sozioökonomischen Panel, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie dem Mikrozensus gemessen werden. Alle drei genannten Instrumente weisen eine höhere Einkommensungleichheit für Kinder aus.

Die Einkommensungleichheit der Kinder wird dabei von zwei Faktoren bestimmt: vom Familientyp und von der Erwerbsbeteiligung der Eltern. Die „Armutgefährdungsquote“ von Kindern in Haushalten von Alleinerziehenden ist mit fast

36 BMAS (2013), S. 110.

40 Prozent am höchsten. Die niedrigen Einkommen von Alleinerziehenden sind durch Erwerbslosigkeit und einem geringen Beschäftigungsumfang bedingt.³⁷ Allerdings ist der Verbleib von Kindern in einkommensschwachen Alleinerziehendenhaushalten nicht dauerhafter Natur. Für rund ein Viertel der alleinerziehenden Mütter bleibt der Status alleinerziehend für maximal drei Jahre bestehen, da sie neue Partnerschaften eingehen. Allerdings ist die Hälfte der alleinerziehenden Mütter nach acht Jahren immer noch alleinerziehend.³⁸ Ein Drittel der alleinerziehenden Frauen ist nicht alleinstehend, sondern lebt in einer Partnerschaft, nur eben in einem eigenen Haushalt.³⁹

Bei der erheblichen materiellen Entbehrung lässt sich keine besondere Schlechterstellung der Kinder beobachten. Kinder unter 18 Jahren weisen in Deutschland eine Quote von fünf Prozent auf, welches ungefähr dem Wert der Gesamtbevölkerung entspricht (siehe Kapitel 3.1). Kinder in alleinerziehenden Haushalten sind mit 17 Prozent deutlich stärker von erheblicher materieller Entbehrung betroffen.⁴⁰

Das Risiko des Bezugs von Hartz-IV-Leistungen ist am höchsten für Kinder aus alleinerziehenden Haushalten. Aus einer Erhebung in Nordrhein-Westfalen lassen sich die unterschiedlich hohen Risiken ablesen. 7,3 Prozent der Paare mit einem Kind beziehen Hartz IV und 8,1 Prozent der Paare mit zwei Kindern. Demgegenüber beziehen 38,9 Prozent der Alleinerziehenden mit einem Kind Hartz IV, bei Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern sind es sogar 54,1 Prozent.⁴¹

37 BMAS (2013), S. 111.

38 Ott/Hancioglu/Hartmann (2012).

39 BMAS (2013), S. 112.

40 BMAS (2013), S. 114.

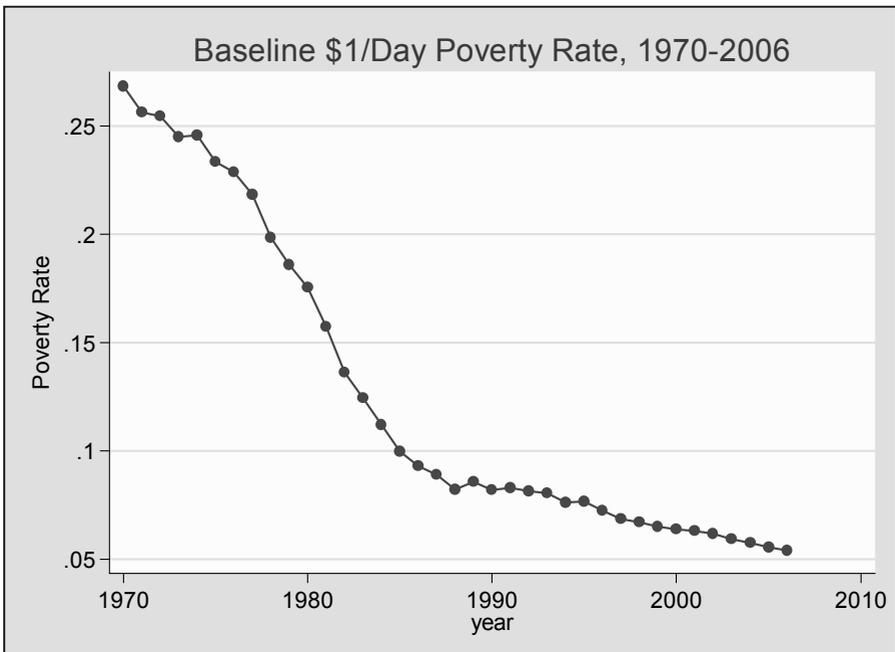
41 IDAF (2014).

4. Empirische Armut weltweit

4.1 Absolute Armut

Der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, d.h. über weniger als einen Dollar pro Tag verfügen, ist weltweit von 36 (1990) auf 15 Prozent (2011) gefallen. Die Anzahl der Arbeitnehmer, die weniger als 1,25 Dollar pro Tag verdienen, sank von 811 (1991) auf 375 Mio. (2013).⁴² Auch bei Berücksichtigung der Kaufkraftentwicklung ist der weltweite Rückgang der absoluten Armut enorm. Er fiel von 26,8 (1970) auf 5,4 Prozent (2006).⁴³

Abbildung 2: Anteil der Personen mit weniger als einen Dollar täglich (in 1987er Dollars).



Quelle: Pinkovskiy/Sala-i-Martin (2009), S. 53.

⁴² Perry (2014).

⁴³ Pinkovskiy/Sala-i-Martin (2009), S. 53.

Die absolute Armutsgrenze von weniger als 1,25 Dollar täglich ist in den einzelnen Weltregionen unterschiedlich gesunken:

Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1,25 Dollar täglich

	Ost- asien/ Pazifik	Süd- asien	Sub- sahara- Afrika	Ost- europa/ Zentral- asien	Latein- amerika	Mittlerer Osten/ Nord- afrika
1981	77,2	61,1	51,5	1,9	11,9	9,6
1990	56,2	53,8	56,5	1,9	12,2	5,8
1999	35,6	45,1	57,9	3,8	11,9	5,0
2010	12,5	31,0	48,5	0,7	5,5	2,4

Quelle: Bankenverband (2013), S. 2. Die Originaldaten stammen von der Weltbank und sind kaufkraft- und inflationsbereinigt.

Während der Anteil derjenigen, die mit weniger als 1,25 Dollar täglich auskommen mussten, in Ostasien/Pazifik von 77,2 auf 12,5 Prozent sank, sank dieser Anteil in Subsahara-Afrika nur von 51,5 auf 48,5 Prozent. Subsahara-Afrika bleibt das Armenhaus der Welt. Gleichwohl wurde das Millenniumsziel der Vereinten Nationen, die absolute Armutsquote in den Entwicklungsländern zwischen 1990 und 2015 zu halbieren, erreicht.⁴⁴

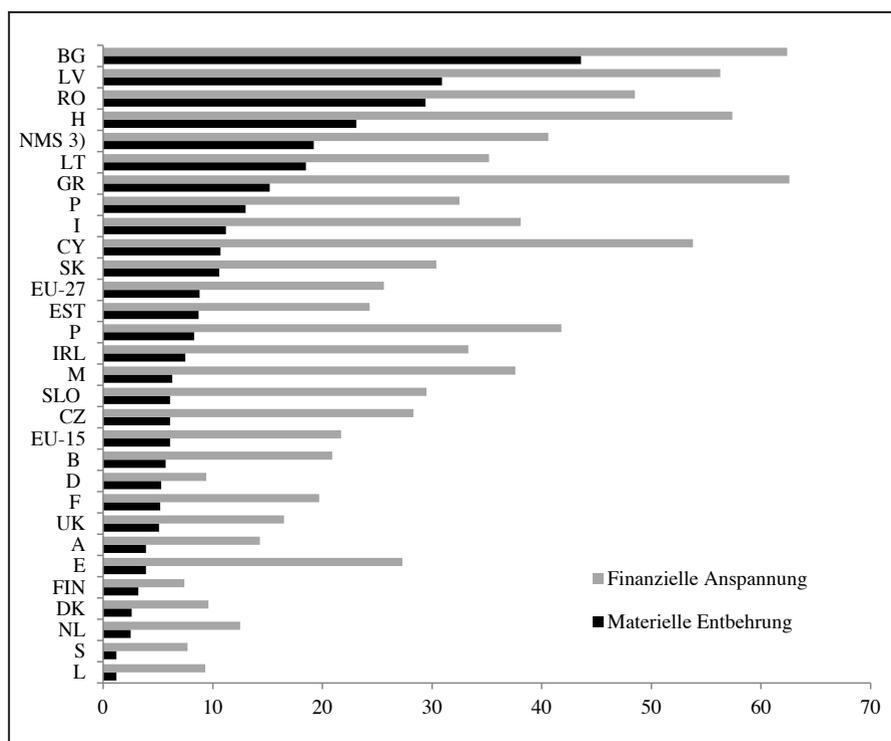
Auffällig ist der Anstieg der Armut in Venezuela. Jahrelang reklamierte die sozialistische Regierung Erfolge bei der Armutsbekämpfung für sich. Die Empirie zeichnet ein anderes Bild. Die venezolanische Statistikbehörde verwendet ein absolutes Armutsmaß, welches die jährlichen Kosten eines repräsentativen Warenkorb für eine durchschnittliche Familie misst, in dem Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Transport, medizinische Versorgung, Kommunikation und Bildung enthalten sind. Falls das Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der Kosten dieses Warenkorb liegt, wird die entsprechende Person als arm gezählt. Die Anzahl der Personen, die weniger verdienen, um sich den repräsentativen Warenkorb zu leisten, stieg im Jahr 2013 um 1,8 Mio. Ungefähr sechs Prozent aller 30 Mio. Venezolaner sind allein im letzten Jahr unter diese Armutsgrenze geraten.⁴⁵ Noch schlimmer hat sich Venezuela bei der extremen Armut entwickelt. Diese wird mit den Kosten eines repräsentativen Warenkorb nur für Nahrung und

44 Bankenverband (2013).

45 Nagel (2014).

Getränke gemessen. 2013 stieg die Anzahl der Venezolaner, die in extremer Armut lebten, um 730.000 Personen. Derzeit beläuft sich die Anzahl extrem armer Venezolaner auf fast drei Mio., d.h. ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung.⁴⁶ Die Ursachen dafür liegen in einem jährlichen Preisanstieg von ca. 60 Prozent sowie miserabler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die stagnierenden Ölpreise verschärfen die Situation zusätzlich.

Abbildung 4: Angaben zur materiellen Entbehrung und finanziellen Anspannung in Prozent der Bevölkerung im Jahr 2011⁴⁷



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

In der EU misst Eurostat die materielle Deprivation als Mangel an bestimmten, einfachen Gütern und Dienstleistungen aus finanziellen Gründen. Analog zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung definiert die EU erhebliche

46 Nagel (2014).

47 Schröder, Christoph (2013), S. 9.

materielle Deprivation, wenn vier von neun Kriterien (siehe Kapitel 3.1) nicht erfüllt sind. Zudem wird noch die finanzielle Anspannung mittels der Frage ermittelt, wie gut die Haushalte mit ihrem Einkommen zurechtkommen. Der Anteil der Bevölkerung, dem dies Schwierigkeiten oder große Schwierigkeiten bereitet, wird angegeben.⁴⁸ Deutschland fällt durch einen einstelligen Anteil der Personen mit erheblicher materieller Entbehrung positiv auf. Auch der Anteil der Personen mit finanzieller Anspannung ist gering. Weniger als jeder Zehnte kommt mit dem ihm zur Verfügung stehenden Geld nicht aus. Nur Finnland und Schweden übertreffen Deutschland.⁴⁹

4.2 Relative Armut bzw. Einkommensungleichheit

Der Vergleich von relativen Armutsquoten bzw. Einkommensungleichheit ergibt für ausgewählte OECD-Staaten folgendes Bild:

Abbildung 5: Relative Armutsquoten und Ungleichheit in ausgewählten OECD-Ländern 2008

	Relative Armut	Ungleichheit (P50/P10)
Schweden	11,4%	1,72
Tschechische Republik	11,5%	1,74
Dänemark	12,3%	1,75
Ungarn	12,3%	1,78
Österreich	13,4%	1,82
Slowakei	13,7%	1,86
Frankreich	14,1%	1,82
Schweiz	15,2%	1,83
Großbritannien	15,5%	1,99
Deutschland	17,2%	2,08
Italien	19,7%	2,11
Polen	20,8%	2,42
Japan	20,8%	2,43
USA	23,9%	2,69

Quelle: OECD (2008).

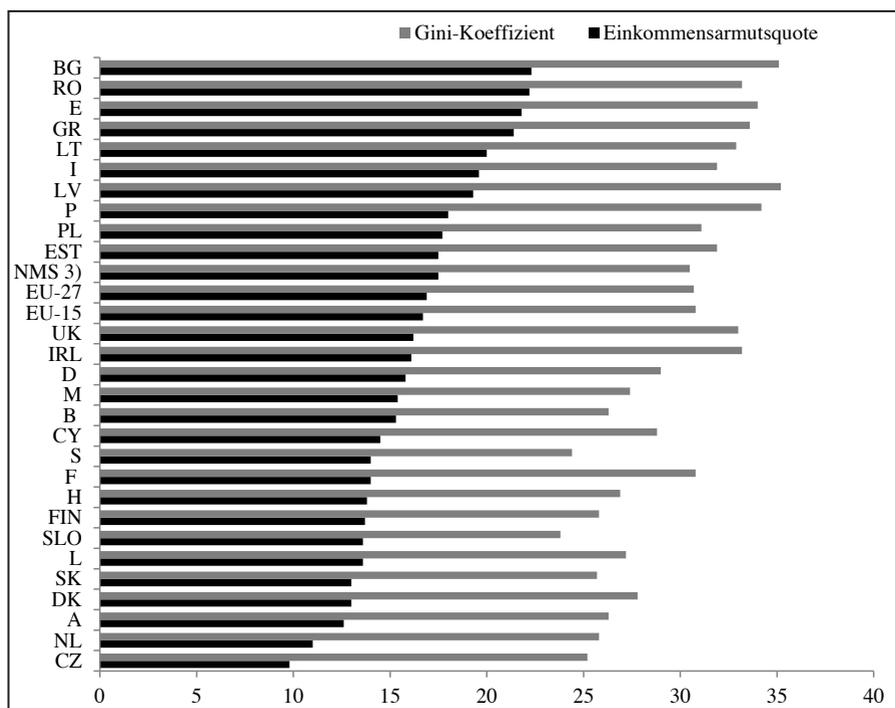
48 Schröder, Christoph (2013), S. 8.

49 Schröder, Christoph (2013), S. 9.

In der zweiten Spalte der Tabelle ist der P50/P10-Quotient angegeben. Dieser ergibt sich aus den Einkommen des 50. und des 10. Perzentils der Einkommensverteilung. Ein P50/P10-Quotient von zwei besagt, dass diejenigen in der Mitte der Einkommensverteilung (der Median) doppelt so viel verdienen wie diejenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung. Beide Indikatoren korrelieren fast immer perfekt miteinander. Deutschland befindet sich im Mittelfeld. Gleichwohl ist die Armutsgefährdungsquote in den letzten Jahren wieder gesunken (siehe Kapitel 3.2).

Gemäß neuerer Daten aus der EU belegt Deutschland einen Mittelplatz. Die folgende Abbildung zeigt die Einkommensarmutsquote und den Gini-Koeffizienten als Konzentrationsmaß für die 27 EU-Staaten:

Abbildung 6: Einkommensarmutsquote in Prozent der Bevölkerung u. Gini-Koeffizient für 2010⁵⁰



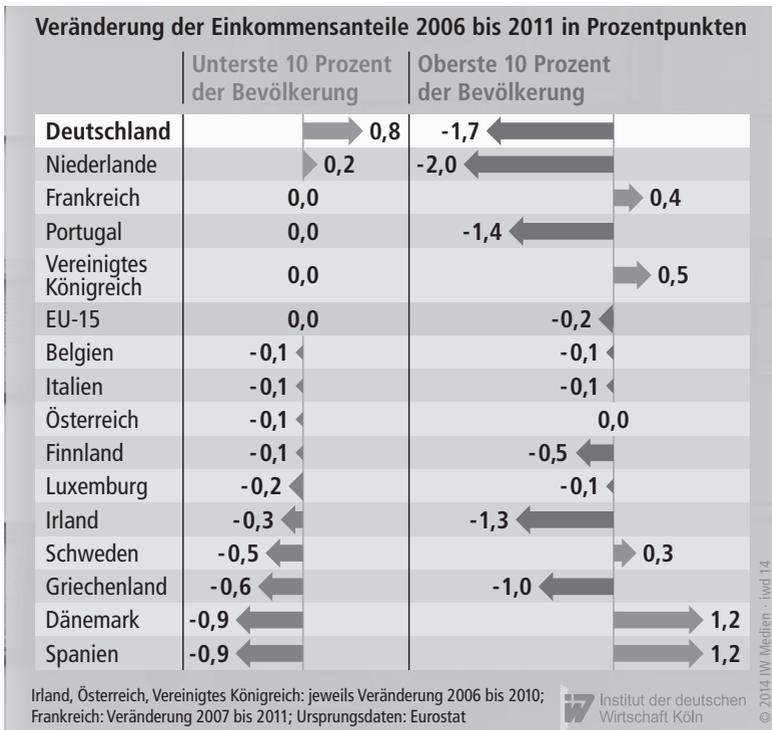
Quelle: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

50 Schröder, Christoph (2013), S. 5.

Deutschland liegt mit einem Anteil von knapp 16 Prozent einen Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt. Beim Gini-Koeffizienten befindet sich Deutschland unterhalb 30 Prozent und damit im Mittelfeld. Bulgarien und Rumänien führen sowohl bei der Einkommensarmutsquote als auch liegen bei der Einkommensungleichheit in der Spitzengruppe.⁵¹

Betrachtet man die Veränderung der Einkommensanteile der untersten zehn und der obersten zehn Prozent, war Deutschland in Europa bei der Bekämpfung der Einkommensungleichheit zwischen 2006 und 2011 am erfolgreichsten:

Abbildung 7: Veränderung der Einkommensanteile 2006 bis 2011 in Prozentpunkten⁵²



Quelle: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln (© 2014, IW Medien, iwd 14).

51 Schröder, Christoph (2013), S. 5.

52 IW Dienst (2014).

Während der Staatsschulden- und Finanzkrise sank der Einkommensanteil der obersten zehn Prozent der Bevölkerung um 1,7 Prozentpunkte, während der Einkommensanteil der untersten zehn Prozent der Bevölkerung um 0,8 Prozentpunkte zunahm. Damit nimmt Deutschland in Europa eine „Spitzenstellung“ ein. Im EU-Durchschnitt hat sich die Einkommensschere zwischen 2006 und 2010 überwiegend geschlossen. Grund dafür war nicht eine positive Entwicklung bei den ärmsten Einkommensgruppen, sondern eine negative bei den reichsten Einkommensgruppen.⁵³

Empirische Studien belegen fast immer, dass die Armutsgefährdungsquote, d.h. die Einkommensungleichheit, eines Landes im Wesentlichen durch das Volumen des Wohlfahrtsstaates determiniert sei.⁵⁴ So argumentiert auch Brady: „Linke politische Institutionen lösen eine Expansion des Wohlfahrtsstaates aus. Wie frühere Studien ebenfalls zeigen, reduziert diese Ausweitung des Wohlfahrtsstaates die Armut [d.h. die Einkommensungleichheit].“⁵⁵ Ebenso Moller et. al.: „Wenn Staaten mehr Ressourcen für Wohlfahrtsleistungen ausgeben, fällt die Armut [d.h. die Einkommensungleichheit]. Tun sie dies unter dem Einfluss linker Parteien, dann geben sie das Geld mit größerer Umverteilungswirkung aus, und die Armut [d.h. die Einkommensungleichheit] wird umso effektiver reduziert.“⁵⁶

5. Effekte der Einkommensungleichheit

Die einen sehen in der vorhandenen Einkommensungleichheit eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie eine negative Wirkung auf das Wirtschaftswachstum und plädieren für noch mehr Umverteilung (so z.B. die OECD). Die anderen befürchten einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum bei einer exzessiven Umverteilung (z.B. Schweden vor den Reformen der 1990er Jahre). Ein umfassender Sozialstaat ist nicht kostenlos zu haben. Soziale Leistungen werden entweder über höhere Steuern und Beiträge, Verschuldung oder ungerechte Verteilung zwischen unterschiedlichen Generationen finanziert.

53 IW Dienst (2014).

54 Für einen genaueren Überblick, siehe Niemi (2011), S. 72-87.

55 Brady (2003).

56 Moller et. al. (2003).

Im Wesentlichen ist es die OECD, die empirisch versucht, einen negativen Einfluss der Einkommensungleichheit auf das Wirtschaftswachstum nachzuweisen. Der kausale Zusammenhang wird aber nicht hinreichend belegt. Und selbst wenn man die Berechnungen der OECD für plausibel hält, ist der vermutete Einfluss der Einkommensungleichheit auf das deutsche Wirtschaftswachstum relativ gering. Er liegt bei ca. sechs Prozentpunkten für einen Zeitraum von 20 Jahren (1990 bis 2010).⁵⁷ Demgegenüber belegt eine umfangreiche Studie des Manhattan Instituts, die die Daten vieler Staaten auswertet, Folgendes:⁵⁸

- Innerhalb der entwickelten Welt tendieren Staaten mit höherer Einkommenskonzentration zu höheren Lebensstandards.
- Betrachtet man Änderungen der Einkommenskonzentration und der Lebensstandards korrespondieren große Anstiege der Ungleichheit mit starken Anstiegen der Lebensstandards sowohl der Mittelklasse als auch der ärmeren Bevölkerung.
- In entwickelten Staaten geht eine größere Ungleichheit mit stärkerem Wirtschaftswachstum einher. Das stärkere Wirtschaftswachstum erklärt, dass zwar die obersten Einkommenschichten mehr vom Wachstum profitieren, aber die Mittelklasse und die arme Bevölkerung dennoch mehr profitiert, als wenn das Wirtschaftswachstum geringer gewesen wäre.
- Die englischsprachigen Staaten weisen eine höhere Einkommenskonzentration als die Staaten Kontinentaleuropas auf.

„Gleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist – theoretisch – nur im Sozialismus möglich.“⁵⁹ Ein gewisser Grad an Ungleichheit kennzeichnet eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft, denn nur dann besteht ein Anreiz zur Leistung und zum unternehmerischen Risiko. Zudem darf nicht vergessen werden, dass es erstens für die angestrebte Gerechtigkeit an belastbaren einvernehmlichen Maßstäben fehlt und zweitens die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen einen Verlust von Freiheit bedeuten.

57 OECD (2014), S. 2.

58 Winship (2014).

59 Methfessel (2013).

6. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung

Armut ist auch ein Feind der Freiheit. Ein liberales Armutsbekämpfungsprogramm versucht sowohl prekäre Lebensumstände zu verhindern als auch Menschen aus diesen herauszuholen. Die Zensur von vermeintlich „sozialen Unwörtern“⁶⁰ ist ein echtes Armutszeugnis und hilft den Betroffenen nicht weiter. Nicht jeder ist von den o.a. Armutsindikatoren gleichermaßen betroffen. Es lassen sich eindeutig Personengruppen identifizieren, die ungleich höher von Armutsindikatoren erfasst werden: Alleinerziehende, Alleinstehende und Arbeitslose haben ein besonderes Armutsrisiko. Waren in Deutschland nur drei Prozent der Erwerbstätigen 2010/11 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, so waren es bei den Alleinerziehenden schon 17 und bei den Arbeitslosen sogar 30 Prozent.⁶¹

In einer Sozialen Marktwirtschaft gehört eine ausreichende Grundsicherung zu den nötigen Rahmenbedingungen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen scheidet dabei aus mehreren Gründen aus: Es schließt zu viele Menschen dauerhaft von der Teilhabe an der Arbeitsgesellschaft aus, es ist ethisch nicht zu verantworten, es wirkt als Herdprämie, setzt falsche Anreize, bestraft die tatsächlich leistenden sowie den Sozialstaat finanzierenden Bürger und ist mit einem jährlichen Mehraufwand von 227 Mrd. Euro⁶² sowohl unfinanzierbar als auch nicht nachhaltig. Der Königsweg wäre eine integrierte Reform des Steuer- und Abgabensystems bei gleichzeitiger Einführung des aktivierenden und gerechten Liberalen Bürgergeldes. Der Weg zum Liberalen Bürgergeld könnte durch Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen bei Hartz-IV-Empfängern und weitere Erhöhung der Schonvermögen flankiert werden.

6.1 Erhöhung der Beschäftigung

Die wichtigste Armutsbekämpfungsmaßnahme ist die Erhöhung der Beschäftigung. Deutschland hat hier schon große Erfolge erzielt. So haben sich die Arbeitsmarktindikatoren positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote sank seit 2005 von einem zweistelligen Wert auf 6,3 Prozent (2014). Vor allem hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen von 1,73 (2007) auf 1,04 (2014) Mio. Personen

60 Eine Liste der sozialen Unwörter findet sich auf: <http://nationalearmutskonferenz.de/index.php/presse/pressemitteilungen/253-25022013-liste-der-sozialen-unwoerter>, abgerufen am 26.11.2014.

61 Schröder, Christoph (2013), S. 14.

62 Sachverständigenrat (2007), S. 230.

gesenkt.⁶³ Deutschland weist in der Europäischen Union mit 4,9 Prozent (November 2014) die niedrigste Jugendarbeitslosenquote auf. Von allen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit von Personen zwischen 15 und maximal 24 Jahren relativ am stärksten gesunken.⁶⁴ Auch die korrespondierende Unterbeschäftigung, die auch nicht als arbeitslos zählende Menschen berücksichtigt, die sich z.B. in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden, hat abgenommen. Waren 2008 noch 4,8 Mio. Menschen unterbeschäftigt, so waren es 2014 nur noch 3,6 Mio.⁶⁵ Die Arbeitslosenzahlen wurden also nicht mit Maßnahmen der Arbeitsförderung verbessert. Auch der Anteil der erwerbsfähigen Personen, die die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II) erhalten, an der Bevölkerung hat sich von 9,7 (2007) auf 8,1 Prozent (2014) reduziert.⁶⁶

Beschäftigungssenkende Maßnahmen wie die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes, die Rente mit 63 sowie die zusätzlichen Restriktionen bei der Zeitarbeit sind kontraproduktiv für mehr Beschäftigung und folglich zu unterlassen bzw. wieder zurückzunehmen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist für die Reduzierung der Armut nicht geeignet, da er am Individualeinkommen und nicht am Haushaltseinkommen ansetzt.⁶⁷ Zudem kann er die Beschäftigung senken und die Lohnstruktur stauchen.⁶⁸ Geringe Löhne sollten im Rahmen des Liberalen Bürgergelds aufgestockt werden. Eine Analyse des Haushaltskontextes zeigt, dass ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn zu viele nicht bedürftige Personen begünstigt. Umverteilungen über das Lohnsystem verändern ferner die Bildungsrenditen, ohne Einkommensarmut gezielt zu bekämpfen.⁶⁹ Die Hoffnungen, ein Mindestlohn würde die Nachfrage erhöhen, sind unberechtigt. Vielmehr dürften viele Unternehmen die Preise anheben, welches die Kaufkraft aller Konsumenten dämpft. Zusätzlich belastet der Mindestlohn gerade kleine Unternehmen, sodass der resultierende Gewinnrückgang gerade oft jene (Unternehmer-)Haushalte betrifft, die als Konsequenz ihren Konsum reduzieren müssten.⁷⁰

Einer der wichtigsten Maßnahmen ist die nachhaltige Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die verbleibende Million der Langzeitarbeitslosen scheint sich zu verfestigen. Trotz der vielen Verbesserungen in den letzten Jahren können die

63 Bundesagentur für Arbeit (2014).

64 BMAS (2013), S. V.

65 Bundesagentur für Arbeit (2014).

66 BMAS (2013), S. VII, Bundesagentur für Arbeit (2014).

67 Knabe/Schöb (2006).

68 Heumer/Lesch/Schröder (2013), S. 2.

69 Heumer/Lesch/Schröder (2013), S. 17.

70 Döhrn (2014).

Langzeitarbeitslosen noch besser betreut und qualifiziert werden. Zudem sollte verhindert werden, dass bisherige Arbeitslose zu Langzeitarbeitslosen werden. Da die Angebote der Ganztagsbetreuung zugenommen haben und auch mehr Ganztagschulen eingerichtet wurden, haben sich die Beschäftigungschancen von Alleinerziehenden etwas gebessert. Die Ganztagsbetreuung kann auch bei der Verbesserung der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund und aus niedrigen sozioökonomischen Schichten helfen.

6.2 Erhöhung der Realeinkommen

Die positive Entwicklung der real zur Verfügung stehenden Einkommen muss fortgesetzt werden. Gemäß den Erhebungen des DIW sind die inflationsbereinigten verfügbaren Jahreseinkommen zwischen 2005 und 2010 um vier Prozent angewachsen. Besonders die unteren 40 Prozent der nach dem Einkommen geschichteten Bevölkerung haben von der Entwicklung profitiert.⁷¹ Der Reallohnindex des Statistischen Bundesamts stieg von 2009 bis 2013 um 3,1 Punkte. Für das erste Quartal 2014 ist sogar ein Zuwachs von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.⁷² Auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung zeigt eine leichte Abnahme an, die Konzentration der Einkommensverteilung nimmt nicht weiter zu und Deutschland liegt im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Betrag der Gini-Koeffizient 2005 noch 0,29, so lag er 2010 bei 0,28. Zwischen 2000 und 2005 war der Gini-Koeffizient von 0,26 auf 0,29 angestiegen.⁷³ Mittlerweile liegt er wieder bei 0,29.

Der Abbau der kalten Progression und das Einlösen des von der Politik bei der Einführung des Solidaritätszuschlages gegebenen Versprechens, der Solidaritätszuschlag werde 2019 auslaufen, wären weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Realeinkommen. Die kalte Progression entsteht durch den höheren Steuersatz auf ein zusätzliches Einkommen (z.B. Lohnerhöhung), da das deutsche Steuersystem durch einen linear-progressiven Tarifverlauf gekennzeichnet ist. Folglich führt auch ein höheres Einkommen, welches allein die Preissteigerung ausgleichen soll, zur Belastung des zusätzlichen Einkommens mit einem höheren Grenzsteuersatz. Die Politik kann die kalte Progression verhindern, indem die nominalen Tarifgrenzwerte per Gesetzesänderung angepasst werden. Bei einem Preisanstieg von einem Prozent jährlich würden sich die Mehreinnahmen des Fiskus im Zeitraum 2015 bis 2018 aufgrund der kalten Progression

71 BMAS (2013), S. VIII.

72 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2014).

73 BMAS (2013), S. 325.

auf zusammen 15 Mrd. Euro belaufen, bei einem Preisanstieg von 1,5 Prozent wären es fast 24 Mrd. Euro.⁷⁴

6.3 Wettbewerbliches Bildungswesen

Ein wichtiger Schwerpunkt liegt in einem freiheitlichen und durchlässigen Bildungssystem. Das staatliche Angebot an Bildung und die Organisation derselben haben sich als nicht besonders leistungsfähig und chancengerecht erwiesen. Zwar hat es in der jüngeren Zeit einige Verbesserungen in den international vergleichenden Erhebungen der OECD (PISA) gegeben, aber Deutschland befindet sich mit seinen Bildungsleistungen immer noch im Mittelfeld. Ein Spitzenplatz muss aber angestrebt werden. Dass das deutsche Bildungswesen bei diesen mittelmäßigen Leistungen auch noch einen hohen Grad an sozialer Selektion aufweist, rundet das Bild vom Staat als Bildungssystemversager ab. Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an der Jahrgangskohorte ist in den letzten Jahren zwar kontinuierlich gesunken. Betrug er 2006 noch 8,0 Prozent, so belief er sich 2011 noch auf 5,9 Prozent.⁷⁵ Dennoch ist auch diese gesunkene Abgängerquote weiterhin zu hoch und bedeutet für die Betroffenen ein hohes Armutsrisiko.⁷⁶ Hier zeigt sich auch, dass es allein mit mehr Freiräumen nicht getan ist. Während die große Mehrheit der Schüler und Eltern mehr Wahlfreiheit benötigt, wird man eine kleine Minderheit stärker in die Pflicht nehmen müssen.

6.4 Was ist nun Armut?

Während die Mehrheit der Medien und vor allem die Sozialverbände sowie der Umverteilung verpflichtete Parteien krampfhaft versuchen, die Messung der Einkommensungleichheit als relevantes Armutsmaß durchzusetzen, bevorzugt die deutsche Bevölkerung Maße der absoluten Armut. Der Armuts- und Reichtumsbericht enthält eine repräsentative Umfrage, die eindeutig belegt, dass die Bevölkerung am häufigsten Armut als sich die grundlegenden Dinge des Lebens nicht leisten können definiert. 45 Prozent sehen dieses Kriterium als Hauptanzeichen der Armut an. Die Aussagen begrenzte finanzielle Mittel und Einkommen unter 950 Euro monatlich werden nur von 15 bzw. acht Prozent

74 Schäfer (2014).

75 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), S. 91.

76 Die von der Bundesregierung für 2015 angestrebte Abgängerquote von vier Prozent lässt sich wohl nicht realisieren. Die Hälfte aller Schulabgänger ohne Abschluss stammt zudem aus Förderschulen. Um die vier Prozent zu erreichen, müssten nahezu alle Schüler, die nicht eine Förderschule besuchen, einen Abschluss machen.

genannt.⁷⁷ 20 Prozent sehen die Angewiesenheit auf Wohlfahrtsorganisationen/staatliche Unterstützung als Hauptanzeichen für Armut an. Damit wird deutlich, dass die deutsche Bevölkerung nicht viel von der „Armutgefährdungsquote“ hält. Diese Erkenntnis sollte auch von den Medien und der Politik aufgegriffen werden. Der noch vorhandenen Armut rückt man nicht mit noch mehr wachstums- und wettbewerbsschädlicher Umverteilung zu Leibe, sondern mit Beschäftigung, Bildung, Wachstum und steigender Wettbewerbsfähigkeit. Im Ausland sieht man den hohen Umverteilungsgrad in Europa durchaus kritisch: Bundeskanzlerin Merkel wurde in der Volksrepublik China eine bemerkenswerte Frage gestellt: Die EU stellt noch sieben Prozent der Weltbevölkerung, erwirtschaftet noch 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, leistet aber 50 Prozent der Weltsozialausgaben. Sei denn die Demokratie in Ordnung, bei der man Wahlen nur dann gewinnen würde, indem man mehr verspricht, als man finanzieren kann?⁷⁸

Ein liberales Armutsbekämpfungsprogramm setzt auf funktionsfähige Arbeitsmärkte mit privater Lohnfindung, vollständigen Freihandel, eine Erweiterung von Marktzugängen, einen Abbau von energieverteuernden Maßnahmen (darunter leiden die wirklich Armen am ehesten), eine Verbesserung von Arbeitsanreizen z.B. durch das Liberale Bürgergeld, und eine aktivierende Sozialpolitik.⁷⁹ Es sind die Armen, die am meisten von Wettbewerb und Marktwirtschaft profitieren: Diese Untergebenen, die in allen vorangegangenen Zeitaltern der Geschichte ein Dasein als Sklaven und Knechte, als Pauper und Bettler gefristet hatten, wurden zu Konsumenten, um deren Wohlgefallen die Unternehmer buhlen müssen.⁸⁰

77 BMAS (2013), S. 349.

78 Steltzner (2014).

79 Vgl. Niemiets (2012), S. 130.

80 Mises (1956).

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2014 – ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld: Bertelsmann, 2014.

Bankenverband, Schulbank 11/12, 2013.

Berth, Felix, Kinderarmut niedriger als angenommen, in: Süddeutsche Zeitung vom 06.05.2011.

Brady, David, The politics of poverty: Left political institutions, the welfare state and poverty, in: Social Forces, Vol. 81, Nr. 2, 2003, S. 557–588.

Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeitsmarkt im November 2014, in: www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/Presse/Presseinformationen/Arbeitsund-Ausbildungsmarkt/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI705215, abgerufen am 01.12.2014.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Lebenslagen in Deutschland erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin: 2001.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Lebenslagen in Deutschland vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin: 2013.

Döhrn, Roland, Falsche Hoffnungen – der Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur, RWI-Position Nr. 58 vom 27.05.2014.

Fertig, Michael, Kinderarmut in Deutschland und der OECD, Vortrag am 06.07.2005, in: www.ruhr-uni-bochum.de/sozialreformen/downloads/presentation_ringvorlesung_rub.pdf, abgerufen am 10.11.2014.

Fischer, Konrad, Das Kartell der Gutmenschen, in: Handelsblatt vom 01.12.2012.

Fischer, Konrad, Nehmen ist seliger denn Geben, in: Liberal 2/2013, S. 64–69.

Flückiger, Stefan/Schwab, Martina, Globalisierung: die zweite Welle – Was die Schweiz erwartet, Zürich: NZZ-Verlag, 2010.

Göbel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut, Polarisierung der Einkommen – Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 24/2010.

Hanesch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard/Maschke, Michael/Otto, Birgit, Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg: Rowoldt, 2000.

Heumer, Moritz/Lesch, Hagen/Schröder, Christoph, Mindestlohn, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, IW-Trends 1/2013, Institut der deutschen Wirtschaft: Köln, 2013.

IDAF, Kinderarmut: Hauptgrund ist die Trennung der Eltern, Newsletter des Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie 6/2014, in: <http://www.i-daf.org/aktuelles/aktuelles-einzelansicht/archiv/2014/03/16/artikel/kinderarmut-hauptgrund-ist-die-trennung-der-eltern.html>, abgerufen am 20.11.2014.

Institut der deutschen Wirtschaft, Einkommensarmut in Deutschland aus regionaler Sicht – Materialien zur Pressekonferenz am 25.08.2014 in Berlin.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 13 Klischees über den deutschen Arbeitsmarkt – und wie die Wirklichkeit aussieht, Berlin: 2014.

IW Dienst, Armut in Europa, in: Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 14 vom 03.04.2014, S. 4-5.

Knabe, Andreas/Schöb, Ronnie, Minimum Wage Incidence: The Case for Germany, in: CESifo Arbeitspapier Nr. 2432, München: 2006.

Knobel-Ulrich, Rita, Reich durch Hartz IV – wie Abzocker und Profiteure den Staat plündern, München: Redline-Verlag, 2013.

Kühnelt, Rolf, Berlin, Hauptstadt der Kinderarmut, Vortrag vom 17.04.2013, in: www.büro-gegen-kinderarmut.de/Inhalt/pdfs/Vortrag.pdf, abgerufen am 20.11.2014.

Maddison, Angus, Historical statistics of the world economy, 1-2008 AD, Groningen: 2008.

Marx, Karl, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1944), in: Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke, Ergänzungsband, 1. Teil, Berlin: 1968, S.465-588.

Methfessel, Klaus, Lasst die Tassen im Schrank!, in: Wirtschaftswoche Global Nr. 2 vom 24.06.2013.

Mises, Ludwig von, The anti-capitalistic Mentality, Indianapolis: Liberty Fund, 1956, Neuauflage von 2006.

Moller, Stephanie/Huber, Evelyne/Stephens, John D./Bradley, David/Nielsen, François, Determinants of relative poverty in advanced capitalist democracies, in: American Sociological Review, Vol. 68, Nr. 3, 2003, S. 22-51.

Nagel, Juan, Poverty shoots up in Venezuela, in: <http://foreignpolicy.com/2014/06/04/poverty-shoots-up-in-venezuela/>, abgerufen am 03.11.2014.

Niemietz, Kristian, A new understanding of poverty, London: Institute of Economic Affairs, 2011.

Niemietz, Kristian, Armut in der Marktwirtschaft – Empirische Befunde, in: Altmiks/Morlok (Hg.), Noch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft? Rückbesinnung auf Ordnungspolitik und Haftung, München: Olzog, 2012, S. 109-131.

OECD, Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris: 2008.

OECD, Does income inequality hurt economic growth?, Paris: OECD, Dezember 2014.

Ott, Notburga/Hancioglu, Mine/Hartmann, Bastian, Dynamik der Lebensform "alleinerziehend", Gutachten für das BMAS, Forschungsbericht 421, Bonn: 2012.

Perry, Mark J., It's the greatest achievement in human history, in: www.aei.org/publication/greatest-achievement-human-history-one-probably-never-heard/, abgerufen am 07.11.2014.

Pinkovskiy, Maxim/Sala-i-Martin, Xavier, Parametric estimations of the world distribution of income, Arbeitspapier Nr. 15433, Cambridge: National Bureau of Economic Research, 2009.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftl. Entwicklung, Jahresgutachten 2007/08 – Das Erreichte nicht verspielen, Wiesbaden: 2007.

Schäfer, Thilo, Einkommenssteuer ohne kalte Progression, Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_39531-544-1-30.pdf?141117082652, abgerufen am 25.11.2014.

Schröder, Christoph, Armut in Europa, in: IW Trends Nr. 1/2013, Köln: Institut der dt. Wirtschaft.

Schröder, Klaus, Plumpe Wahlkampfhilfe – Hans-Ulrich Wehlers vergeblicher Kampf mit Statistiken, in: FAZ vom 11.03.2013.

Steltzner, Holger, Gegenwartskonsum vor Zukunftssicherung: Will das Wahlvolk beschenkt werden?, in: Agenda 2020 – Reformen auch ohne Krise? Tagungsbericht des 2. Kadener Gesprächs am 07.03.2014, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft, 2014, S. 11.

Townsend, Peter, The meaning of poverty, in: British Journal of Sociology, Vol. 13, Nr. 3, 1962, S. 210-227.

Wehler, Hans-Ulrich, Die neue Umverteilung – soziale Ungleichheit in Deutschland, München: Beck, 2013.

Winship, Scott, Inequality does not reduce Prosperity – a Compilation of the Evidence across Countries, e21-Report Nr. 1, New York: Manhattan Institut, Oktober 2014.

Über den Autor

Dr. Peter Altmiks ist Referent für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Soziales und Bildung im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Davor war er in der privaten Kreditwirtschaft für Bargeldlogistik, die Standardisierung im Zahlungsverkehr und die Organisation der bundeseinheitlichen Wertpapierkursermittlung verantwortlich. In den letzten Jahren gab er folgende Bücher heraus: Im Schatten der Finanzkrise – Muss das staatliche Zentralbankwesen abgeschafft werden? (2010), Die optimale Währung für Europa? Segen und Fluch des Euro (2011), Noch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft? Rückbesinnung auf Ordnungspolitik und Haftung (2012) sowie Marktordnung im Finanzsystem – Bankenregulierung, Rating-Agenturen, Risikomanagement (2013). Die derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind Grundsicherungsmodelle, Soziale Marktwirtschaft, Finanzkrise, Geld und Währung.

PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Weitere Publikationen unter www.liberales-institut.de

- [128] Florian Rentsch
LIBERALE MITTELSTANDSPOLITIK – PERSPEKTIVEN UND POLITIKANSÄTZE
- [127] Mark Hokamp
**WARUM CHINA WIRKLICH ERFOLGREICH IST –
FREIES UNTERNEHMERTUM STATT STAATSWIRTSCHAFT**
- [126] Gérard Bökenkamp
SCHULDENBREMSE UND HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG
- [125] Peter A. Henning
ZEHN JAHRE BOLOGNA-PROZESS
- [124] Karl-Heinz Paqué/Michael Theurer/Alexander Graf Lambsdorff
DIE ZUKUNFT DES EURO: KRITISCHE FRAGEN – LIBERALE ANTWORTEN
- [123] Florian Swyter
DIE ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG
- [117] Lukas Lassak/Leonard Mack/David Rieger/Burkhard Ringlein
KONTROVERSEN NETZPOLITISCHER REGULIERUNG
- [116] Thomas Volkmann
**WÜRFELN ODER WÄHLEN? – DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IN DER
PARZELLIERTEN INTERESSENGESELLSCHAFT**
- [115] Annette Siemes
ALLES KULTUR ODER WAS? ANMERKUNGEN ZUM LIBERALEN KULTURBEGRIFF
- [114] Siegfried Herzog
FREIHEIT UND RELIGION SIND KOMPATIBEL
- [113] Jan Schnellenbach
**VON DER SCHULDENBREMSE ZUR SPARREGEL
ANSÄTZE ZU EINER REGELGEBUNDENEN HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG**
- [112] Gérard Bökenkamp
KIRCHE UND STAAT IN DEUTSCHLAND – WELCHEN SPIELRAUM HAT DIE POLITIK?
- [111] Tim Stephan
**SOZIALE NETZWERKE UND POLITISCHE BASISBEWEGUNGEN AM BEISPIEL
DER AUSEINANDERSETZUNG UM STUTTGART 21**
- [110] Gebhard Kirchgässner
FINANZPOLITISCHE KONSEQUENZEN DIREKTER DEMOKRATIE
- [109] Theo Schiller
**DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND.
WELCHE BETEILIGUNGSFORMEN SIND AUF DER BUNDESEBENE MÖGLICH?**
- [108] Robert Nef
**DIREKTE DEMOKRATIE UND LIBERALISMUS –
NON-ZENTRALISMUS UND MEHRHEITSPRINZIP**
- [107] Michael Gassner
WETTBEWERBSPOLITISCHE PROBLEMATIK ÖFFENTLICHER UNTERNEHMEN
- [106] Jan Schneider
FREIHEIT, GERECHTIGKEIT, NATUR UND UMWELT IN ETHIK-SCHULBÜCHERN
- [105] Sven Speer
**OFFENE RELIGIONSPOLITIK – EINE LIBERALE ANTWORT
AUF RELIGIÖS-WELTANSCHAULICHE VIELFALT**
- [104] Detmar Doering
DIE RELIGIONSFREIHEIT IN DER WELT
- [103] Thomas Volkmann
ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT? DER NEUE GRÜNE KONSERVATISMUS
- [102] Valerie Siegrist/René Sternberg (Hrsg.)
SOZIALE UNGLEICHHEIT IM DEUTSCHEN SCHULWESEN